

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 292 Mai 2007

Soziale Verantwortung, kontroverse Waffen und das Militär

Im Oktober 2006 veröffentlichte die europäische Verteidigungsagentur eine „Langfristige Vision für die europäischen Verteidigungsfähigkeiten und den Bedarf für weitere Ausrüstung“ [„An initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs“]. Die Agentur, im „Vertrag zur Schaffung einer Verfassung für Europa“ ursprünglich angesehen als ein neuer Bestandteil der institutionellen Strukturen der europäischen Union, wurde vor der Ratifizierung dieses Vertrages im Jahre 2004 ins Leben gerufen.

Die Veröffentlichung der langfristigen Vision erlaubt erste Einblicke in die Arbeit und die Vorgehensweise der Agentur.

Während der ersten Lektüre des Dokuments sprang ein eher überraschender Absatz ins Auge:

Paragraph 22: Im Kosovo-Luft-Krieg waren nur 15% der abgeworfenen Munition „intelligent“; seit dem Irak-Krieg im Jahre 2003 kehrten sich Anteile intelligenter und primitiver [dumb] Munition um. Es muss ernsthaft über den zukünftigen Gebrauch ungelenkter Waffen (und von Kampfflugzeugen, die keine intelligenten Waffen verwenden können) nachgedacht werden, wie auch über Streubomben, Minen und andere Waffen, die nicht unterscheiden könne [„weapons of indiscriminate effect“]. Der Einfluß, den militärische Aktionen auf die Umwelt ausüben wird auch zunehmend ins Bewusstsein rücken, was die Sorge um eine schädigende Wirkung auf unsere eigenen Truppen einschließt – man denke an die Krise um die Verwendung von Munition aus abgereichertem Uran im ersten Golfkrieg und später im Kosovo.

Im September 2006 publizierte die Time Online einen Artikel unter der Überschrift „Pass auf, Sargexxxx! Dies ist umweltfreundlicher Beschuss“, und verdeutlichte damit etwas, was danach aussah, als ob die Verteidigungsindustrie und das militärische Establishment seit Neuestem versucht, einen umweltverträglichen Ansatz zu entwickeln. Der Artikel konzentrierte sich auf die „Politik gemeinsamer sozialer Verantwortung“ von BAE Systems (eine Politik, auf die sie stolz sind und die sie auf ihrer Internetseite deutlich hervorheben), erwähnte aber auch, dass umweltfreundliche Munition auch vom Verteidigungsministerium von Großbritannien grundsätzlich befürwortet wird.

Der Artikel führte als Beispiele die Idee von „bleifreien Kugeln“ an und von Raketen mit einem verminderten Potential an Toxizität. Der Direktor von „Politik gemeinsamer sozialer Verantwortung“ von BAE Systems wird so zitiert: „Waffen werden eingesetzt werden. Und wenn sie es werden, dann versuchen wir sie für den Anwender so sicher wie möglich zu machen, um Kollateralschäden zu begrenzen und die Umwelt so wenig wie möglich zu beeinträchtigen.“

Getroffen von dem außerordentlichen Zynismus, der sich in der Idee ausdrückt, eine Argumentation zu versuchen, nach der ökologisch unbedenkliche Munition und Waffensysteme irgendwie besser sind als andere Waffen – mal davon abgesehen,

dass diese töten und auch töten sollen -, unternahm ich eine Recherche und entdeckte dabei eine Veröffentlichung des Verteidigungsministeriums von Großbritannien (MoD) mit dem Titel „Anleitung für nachhaltige Entwicklung und Umwelt“. Mit läppischen 602 Seiten ist es nicht eben leicht zu lesen. In ihm befindet sich eine sogenannte „Beilage“ [leaflet] über grüne Munition (Beilage 6 in Band 2), in der klar festgestellt wird, dass obgleich es keine explizite Politik der „grünen Munition“ im MoD gibt, eine Denkrichtung existiert, nach der dies eine gute Idee sei.

Eine Suche nach verschiedenen Schlagworten, die man mit „kontroversen Waffen“ in Verbindung bringen könnte, um herauszufinden, was das MoD über deren Auswirkungen auf die Umwelt zu sagen hat, fand ich folgendes:

Es werden keine Landminen erwähnt – vielleicht verschmutzen sie die Umwelt nicht genug, um eine Erwähnung zu rechtfertigen;

Zwei Referenzen zu abgereichertem Uran – in beiden Fällen wird nur ausgeführt, dass es wünschenswert sei, Informationen über sie zwischen den USA und Großbritannien auszutauschen;

Streubomben werden nicht erwähnt – vielleicht stellen auch sie keine hinreichend große Gefahr für die Umwelt dar;

Elf Verweise zu dem Begriff „nuklear“. Der Interessanteste ist dieser:

Kapitel 1, Anhang A (16 Schlüssel-Indikatoren für die Effizienz): unter dem „Nuklear“-Thema wird das Ziel festgehalten, „der nationalen Strategie zur Reduktion der Freisetzung radioaktiver Stoffe an die marine Umwelt auf nahe Null bis zum Jahr 2020 zu entsprechen und die Entstehung radioaktiven Abfalls zu minimieren“. Und unter der Überschrift „Effizienz-Indikator“ [performance indicator] steht: „kein Indikator zugeteilt“.

Ohne Zweifel werden ähnliche „grüne“ Herangehensweisen auch bei anderen Herstellern als BAE diskutiert und in anderen Verteidigungsministerien als dem von Großbritannien. Wir würden von unseren Lesern gerne darüber hören, wenn sie so was erfahren.

Aber wo führt das alles hin? Hinterlässt es nur rechtmäßigen und gerechten Ärger über diesen himmelschreienden Zynismus in Verteidigungskreisen? Sollte diese erst kürzlich eingesetzte Entwicklung in Verteidigungskreisen nicht dazu verwendet werden, auf der Basis dieser scheinbaren Sorge um die Umwelt und mit derselben Logik dafür zu argumentieren, dass der Einsatz kontroverser Waffen gänzlich gestoppt werden sollte?

Martina Weitsch

Übersetzung: Helge Moog

Umweltschutz, Entwicklung und Konfliktprävention integrieren

Die Realität, dass sich aus klimatischen Veränderungen unvermeidlich Konflikte ergeben, sickert allmählich ins allgemeine Bewußtsein. In zunehmendem Maße erscheinen Artikel und Publikationen, die diese auf uns zu kommende Verbindung betonen, und am 29. und 30. März fand in Berlin eine zweitägige Konferenz statt mit dem Titel „Integrating Environment, Development and Conflict Prevention – European and National Approaches and Challenges“ (Umweltschutz, Entwicklung und Konfliktprävention integrieren – Europäische und nationale Ansätze und

Herausforderungen. Das zentrale Thema der Konferenz war, dass Umweltveränderungen, die durch globale Erwärmung verursacht werden, Konflikte in einer Reihe von Bereichen entzünden werden. Und weil es keine Entwicklung ohne Frieden geben kann, müssen Umweltschutzthemen in die Mitte der europäischen Entwicklungspolitik gerückt werden.

Wir spüren bereits jetzt, dass die globale Erwärmung Umweltveränderungen in der gesamten Biosphäre zur Folge hat, aber Forschungen belegen, daß die Auswirkungen in der arktischen Region und Afrika am schwerwiegendsten sein werden. Die ärmsten Länder und die, die am wenigsten in der Lage sind sich anzupassen, werden am ärgsten betroffen sein. Die gefürchteten Auswirkungen des Klimawandels umfassen durch Schädigung der Umwelt noch verschärfte Konflikte um knappe Ressourcen wie Wasser oder urbares Land, bis hin zum Konflikt um die Sicherung ungeschützter Energiequellen. Instabile Regionen und viele ökologische und ökonomische Migranten werden die europäische Sicherheit spürbar beeinflussen, und wir werden zweifellos alle Millenniumsziele bedroht sehen. Menschliche Bedrängnis und gewalttätige Konflikte in grossem Umfang werden eine direkte Konsequenz der Umweltveränderungen sein, die, wie wir wissen, hauptsächlich durch menschliche Aktivitäten in industrialisierten Ländern hervorgerufen werden. Dies wird eine unmißverständliche Auswirkung auf die weltweite Sicherheit und Stabilität haben, und folglich ist eine erfolgreiche Reaktion auf den Klimawandel notwendigerweise auch eine Form der Konfliktverhinderung.

Die Konferenz begann mit allgemeinen Diskussionen über globale Tendenzen und Herausforderungen für Europa, zentraler Fokus war dabei die Verbindung zwischen Umwelt, Sicherheit und Entwicklung. Es wurde anerkannt, dass eine Art kooperative oder globale Sicherheit als Vorbedingung für die Sicherheit eines jeden Landes entwickelt werden müsse. Michael Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, betonte die Notwendigkeit einer „Weltinnenpolitik“ um die Umweltverträglichkeit einer globalisierten Welt zu sichern. Gerade wegen des hohen Niveaus der globalen Vernetzung und der gegenseitigen Abhängigkeit betonte John Ashton, Sonderbeauftragter für Klimaschutz des britischen Außenministeriums, die Notwendigkeit für europäische 'weiche Macht' in Bezug auf den Klimawandel, einschließlich dessen, weit mehr als bisher in die Vorabforschung und mögliche Alternativen zu investieren. Europa muß seine Diplomatie und Verhandlungsstärke benutzen, um in Zusammenarbeit mit Drittländern umweltverträgliche Energiepolitiken zu entwickeln und etwaige 'harte Macht' Lösungen zu vermeiden.

Eines der angesprochenen Hauptanliegen war die Schwierigkeit, sich auf einen integrierte Ansatz zu einigen, sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene. Unterschiedliche nationale und ministerielle Prioritäten erschweren die Entwicklung eines interdisziplinären Ansatzes zu Umwelt, Entwicklung und Konfliktverhinderung enorm. Anja Köhne vom World Wide Fund for Nature(WWF), schlug vor, dass man Umweltbewußtsein erleichtert könne, indem man betrachtet, wie sich Klimawandel und seine Konsequenzen direkt auf die Prioritäten der unterschiedlichen Ministerien und der Länder auswirken. Um Klimawandel wirklich anzugehen, ist ein ganzheitlicher Ansatz erforderlich, und wie beim kalte Krieg, muß auf allen Ebenen gekämpft werden. Den Klimawandel als untrennbar mit Entwicklung und Sicherheit verbunden zu verstehen, ermöglicht uns einen zusammenhängenderen Ansatz, aber wenn der Klimaschutz in die Hauptströmung der Politik einfließt (also in alle Projekte und in Ziele integriert wird, anstatt seine eigene

Tagesordnung zu haben), läuft er auch Gefahr, zwischen eindeutiger definierteren Projekten unterzugehen.

Eine andere zentrale Frage wurde von Alexander Carius, von Adelphi Research aufgeworfen: sind Entwicklungsministerien wirklich das beste Vehikel für Umweltprioritäten? Obwohl die Verbindung zwischen Umweltveränderungen und Entwicklung klar skizziert sind, wurde auch anerkannt, dass diese Paarung problematisch und kontraproduktiv sein könnte. Entwicklungs NROs und Ministerien konzentrieren sich auf die Verminderung von Armut und arbeiten häufig bilateral; aber Umweltherausforderungen erfordern einen multilateralen und regionalen Ansatz, mit der Konfliktverhinderung als Arbeitsgrundlage. Es wurde vorgeschlagen, die europäische Nachbarschaftspolitik als Plattform für eine regionale Annäherung an Entwicklung, Umwelt und Konfliktverhinderung zu verwendet. Ein effektiver Wissenstransfer von grünen Technologien, Energiesicherheit und Klimawandel ist notwendig, um zu verhindern, dass sich entwickelnde Wirtschaftssysteme unsere Fehler nicht wiederholen, ohne dabei vorhandenes Ungleichgewicht zu zementieren.

Der Effekt, den Klimawandel und freier Zugang zu Energieen und anderen Ressourcen auf Konflikte hat, muß weitaus intensiver geprüft werden und ein Antrieb für die EU-Politik sein. Der Begriff Sicherheit muss weiter gefasst werden, da klar ist, daß das politische Gewicht des Klimawandels variiert, je nachdem, wo man ihn einstuft. Die Diskussion über die Anpassung an den Klimawandel muß mit dem Austausch über Konfliktverhinderung, Krisenmanagement und Kooperation verbunden werden. Internationale Kooperation bei Energie und Entwicklung ist besonders schwierig, weil sie effektiv eine Wiederverteilung der Macht bedeutet, die diejenigen betrifft, die im Moment den Löwenanteil innehaben. Dennoch gibt es die Möglichkeit, aus der Zusammenarbeit bei Umweltprojekten einen Friedensgewinn zu ziehen, und der kann nur mit vorbeugender Kooperation beginnen.

In den folgenden hundert Jahren wird sich die Bevölkerung verdoppeln und die Energienachfrage verfünffachen. Wir benötigen eine massive Veränderung in unserer Infrastruktur um weitreichende Konflikte zu vermeiden, die durch Energiekonkurrenz und Umweltschäden motiviert werden. Um sowohl den direkten als auch indirekten Konsequenzen des Klimawandels wirklich entgegenzutreten, benötigen wir eine neue Philosophie des „guten Lebens“, eine neue Definition der Modernität, eine massive kulturelle Verschiebung. Zu diesem Zweck, muß es eine engagierte und wache europäische Bevölkerung geben, Quäker oder andere. Dies ist nicht nur notwendig, um den Privatverbrauch einzuschränken, sondern auch um nationalen Politikern den Willen geben, der benötigt wird, um umfassende Energiepolitiken zu übernehmen, bevor es zu spät ist. Quäker sind bekannt dafür, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen, und bei einer aufrichtigen Diskussion über die wahren Konsequenzen unserer Abhängigkeit von einer auf fossilen Brennstoffen aufgebauten Wirtschaft fängt das an.

Sophie Miller
Übersetzung Anja Krebber

Das Ende der Frauengefängnisse in Großbritannien?

Der QCEA-Bericht 2007 „Frauen im Gefängnis“ stellte fest, dass für viele weibliche Täter Haftstrafen weder effektiv noch angemessen sind. Auf Grund ihrer geringen Zahl leiden die meisten Frauen in Europa im Gefängnis darunter, von ihren Familien getrennt zu sein. Eine große Zahl der Frauen hat nur einen begrenzten Zugang zu

Angeboten einschließlich Fortbildung, und oft finden ihre spezifischen Gesundheitsvorsorge- und behandlungsbedürfnisse nicht genügend Berücksichtigung.

In Großbritannien wird seit kurzem mehr überprüft, unter welchem Druck Frauen im Gefängnis leben. Zwischen August 2002 und 2003 hatten 6 Frauen im Gefängnis Styal Suicid begangen. Diese Todesfälle veranlassten die Regierung, eine Untersuchung der Situation von Frauen mit besonderer Verwundbarkeit in dem bestehenden Bestrafungssystem zu veranlassen. Die Labour-Abgeordnete Baroness Corston leitete die Erhebung, deren Ergebnisse am 13.März 2007 veröffentlicht wurden.

Der Corston-Report ruft dazu auf, alle Frauengefängnisse in GB in den nächsten zehn Jahren zu schließen. Diese Untersuchung unterstreicht, dass die Gefängnisstrafe zu häufig ausgesprochen wird und für viele Frauen unangemessen ist – die gleiche Schlussfolgerung wie in dem QCEA-Report. Anstelle der gegenwärtig betriebenen Gefängnisse empfiehlt Frau Corston, dass die Regierung „innerhalb von 6 Monaten eine klare Strategie ankündigen sollte mit dem Ziel, dass die existierenden Frauengefängnisse durch entsprechende geographisch verteilte kleine multifunktionale Strafanstalten ersetzt werden sollten.“

Eine entsprechende Online-Petition wurde durch eine Gruppe von Reformaktivisten aufgesetzt. Diese Petition befürwortet den Corston-Report und sorgt für die weitere Beachtung dieses wichtigen Problems. Diese petition ist zu finden unter: <http://www.womeninprison.org.uk/>

Die Leser werden gebeten, auch diesen Report zu lesen:
<http://www.homeoffice.gov.uk/documents/corston-report/>

Das Gefängnis ist nicht die richtige Lösung für psychisch und sozial geschädigte und benachteiligte Frauen, die kein Risiko für die Öffentlichkeit darstellen. Es ist zu hoffen, dass dieser Bericht zu wirkungsvolleren und mehr angemessenen Antworten von Seiten der Regierung wird in den kommenden Jahren beitragen können.

Matt Loffman
Übersetzung: Jutta Fauer

Martina Weitsch in Serbien und Bosnien

Martina Weitsch, QCEA-Repräsentantin, reiste in der Woche nach Ostern nach Serbien. Sie war von Repräsentanten von „Quaker Friedens- und soziales Zeugnis“ (QPSW) dorthin eingeladen worden, um an einem Seminar mit ca. 45 Aktivisten für Frieden und Menschenrechte aus allen Regionen, mit denen QPSW in den vergangenen 15 Jahren partnerschaftlich zusammengearbeitet hatte, teilzunehmen.

Martina wird über ihre Erfahrungen bei dieser Reise in mehreren Artikeln für *Around Europe* in den nächsten Ausgaben berichten. Ihr Nachdenken darüber, was die Arbeit von Friedens- und Menschenrechtsaktivisten in einer Region darstellt, welche sich gerade wieder zu erholen beginnt, hat für sie viele Fragen über die Friedensarbeit auf EU-Ebene aufgeworfen.

**Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie is auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden**

Der klar bestimmte Einsatz der lokalen Aktivisten für die Fortführung ihrer Friedensarbeit angesichts ihrer Gegner und der realen Gefahren für ihre persönliche Sicherheit ist bewundernswert. Sie wissen alle aus erster Hand, wie hart all das ist und wie lange es dauern wird; sie sind sich darüber im Klaren, dass der Friede wohl nicht mehr zu ihren Lebzeiten kommen wird. Und doch haben sie mit all ihren Möglichkeiten für Erfolge gekämpft, wie auch immer diese beschaffen sein konnten.

Die Diskussionen - besonders in den kleinen Gruppen - fanden im Freien statt, in dem herrlichen Sonnenschein an diesem Wochenende. Der Eindruck entspannter Konversation bei Kaffee, vielen Zigaretten und - überraschend - Eiscreme, unterstützten die Diskussion und halfen auch bei dem, was schwierig war. Wir haben viel davon zu lernen.

Martina Weitsch

Übersetzung: Jutta Fauer